

Können Interessenvertreter dem Allgemeinwohl dienen?

12.07.2012, 17:38 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *READ - Rüdener Edition Autor Digital*

Was soll man davon halten? Kurz vor der Abstimmung im wenig besetzten Bundestag wird der Entwurf der Neufassung des Meldegesetzes im zuständigen Ausschuss zugunsten der Werbe- und Adreßhändler-Lobby geändert. Die Daten der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger sollen danach von den Meldebehörden ohne Wissen und Zustimmung der Betroffenen an profitorientierte Privatunternehmen verhökert werden können.

Dieser Winkelzug verstärkt erneut die inzwischen ohnehin erheblichen Zweifel der Bürgerinnen und Bürger an der Verlässlichkeit unserer sogenannten Volksvertreter als Hüter des Allgemeinwohls. Das Argument der Protagonisten dieses Geschenks an ihre Klientel: Die Meldebehörden würden dadurch entlastet. Wer durch das katastrophale Management der Banken- und Staatsschuldenkrise durch die Politiker noch nicht ganz verduselt ist, faßt sich angesichts dieser Rechtfertigung für bürgerfeindlichen Unsinn verwundert an den Kopf. Die Entlastung der Meldeämter wäre doch durch ein striktes Verbot der Datenweitergabe an nicht staatliche Stellen am besten gewährleistet!

Daß Parteien und Abgeordnete ihre Klientele versorgen wollen, ist nicht erst seit dem Mehrwertsteuergeschenk an die Hotellerie bekannt, das FDP-Politiker trotz leerer Haushaltskassen betrieben haben. Dieser Partei wird vielleicht auch bald die Versicherungswirtschaft dankbar sein, wenn nämlich private Pflegeversicherungen mit – sage und schreibe – maximal 5 Euro im Monat aus dem immer noch klammen Haushalt gefördert werden sollten. Für die künftigen Versicherten bringt das hinsichtlich ihrer Vorsorge für den Pflegefall so gut wie nichts. Sie finanzieren aber die Gegenleistung für die Zustimmung der FDP zu der von der CSU gewünschten Herdprämie. Diese teure soziale Dummheit hält die Mütter im Haus, statt ihnen eine Berufsausübung zu ermöglichen, hindert Kleinkinder von Eltern mit Migrationshintergrund am Deutschlernen und fördert die Desintegration unserer Gesellschaft.

Wie weit werden unsere sogenannten Volksvertreter mit ihrer eigensüchtigen Klientelpolitik noch gehen?

Schlechte Gesetze haben den Banken ruinöse Geschäftspraktiken ermöglicht, für die jetzt keineswegs nur die Steuerzahler aufkommen, sondern zum Beispiel auch Arbeitslose, zu Hungerlöhnen Beschäftigte, als Scheinselbständige Ausgebeutete, und als Sparer, die mit Zinsen unter der Inflationsrate abgespeist werden. Ungeschoren kommen nur die davon, die sich dank einflußreicher Lobbys und willfähriger Politiker auf gesetzlicher Grundlage selbst bedienen können.

Auch Gesetz und Rechtsprechung sind kritisch zu betrachten. Denn sie dienen allzuoft Zwecken, für die sie gar nicht geschaffen wurden. Da wird dann Illegitimes auf legale Weise durchgesetzt. Ein krasses Beispiel erfahren wir in einer Fallstudie mit dem Titel „Qualitätsmanagement in der Praxis - Wenn Kunden sich als Beuteopfer fühlen - ein „Reise“-Erlebnis mit Gebeco/TUI“. Die Studie ist inzwischen in 3. erweiterter Auflage (ISBN 978-3-943788-07-5) bei READ – Rüdener Edition Autor Digital erschienen. Sie ist dort und bei new-ebooks als eBook (PDF) für 19,95 Euro erhältlich. Eine Kurzfassung gibt es kostenlos.

Wirtschaft, die eigentlich dem Menschen dienen sollte, versklavt ihn zusehends und wird zum beherrschenden Maßstab politischen Handelns. So brauchen wir uns nicht zu wundern, daß Gesetze, die im Interesse des Profits weniger gemacht werden, zu ungesunder Lebensweise verführen oder diese sogar bedingen. Die in der Folge zu erwartenden künftigen Belastungen des Gesundheitssystems interessieren die Lobbyisten und ihre politischen Helfer nicht. In gleichem asozialen Geiste werden für kurzfristige wirtschaftliche Vorteile von Minderheiten langfristige Schädigungen des Ökosystems in Kauf genommen, unter denen wir künftig alle leiden werden.

„Demokratie heißt Volksherrschaft und bedeutet in der Praxis, daß sich das Volk beherrschen läßt.“ (Prof. Querulix)
Das, was heute in den Industriestaaten Demokratie genannt wird, entpuppt sich bei genauem Hinsehen als partei-oligarchische beutekapitalistische Lobbydemokratie. Politik dient nicht dem allgemein Wohl, sondern dem Wohl politiknaher Interessengruppen. Das spüren immer mehr Menschen und wenden sich angewidert ab von einem System, in

dem die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in steter Gefahr lebt, zu Mitteln für die Zwecke einer Minderheit skrupelloser Beutejäger erniedrigt zu werden.

Die Geschichte lehrt uns, daß wir keine großen Ansprüche an Politiker stellen dürfen, wenn wir keine Ansprüche an sie stellen. Als Betroffene von Politik und als Souverän haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die wir mit den Privilegien von Abgeordneten versehen, den Weg zu weisen, den zu gehen wir von ihnen erwarten. Wählen oder Nichtwählen allein genügt dazu ebensowenig wie „Nachsichtige Verachtung mit dem Sarkasmus der Heiterkeit zu verbinden“, wie uns der französische Dramatiker Nicolas Chamfort als „...beste Philosophie für die Welt“ empfiehlt.

„Wer die Verhältnisse ändern will, muß sich einmischen, sonst wird er in die Verhältnisse eingemischt,“ warnt Prof. Querulix, von dem im Verlag READ Rüdener Edition Autor Digital zahlreiche zeitlose und zeitkritische Aphorismen über das Menschentier und seine intelligente Dummheit erschienen sind. Sie finden sie in allen guten Buchhandlungen, beim Verlag unter www.read.ruedenauer.de und bei new-ebooks.

READ Pressestelle

Portrait

Der Verlag RÜDENAUER EDITION AUTOR DIGITAL publiziert Fachliteratur zu den Themen Kommunikation und Führung, insbesondere Management-Kommunikation und Führungs-Qualitätsmanagement, sowie zeitlose und zeitkritische Aphorismen von Prof. Querulix.

News-ID: 647813 • Views: 84 (Stand: 02.06.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/647813/Koennen-Interessenvertreter-dem-Allgemeinwohl-dienen.html>